

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 15. Dezember 2012 · Nr. 293/50 D3

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INCA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,30 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

## Amoklauf in amerikanischer Grundschule

Viele Tote bei Schießerei in Connecticut: Nach Medienberichten Dutzende Tote, unter ihnen viele Kinder

F.A.Z. FRANKFURT, 14. Dezember. Bei einer Schießerei in einer Grundschule im amerikanischen Bundesstaat Connecticut hat es am Freitag offenbar Dutzende Tote gegeben. Unter den Opfern seien viele Kinder, berichteten die Sender CNN, ABC News und CBS übereinstimmend. Auch der mutmaßliche Schütze sei tot. Zudem gebe es viele Verletzte. In Washington ließ sich Präsident Barack Obama ständig über die Entwicklung auf dem Laufenden halten. Offiziell wurden die Angaben zunächst nicht bestätigt.

Der Fernsehsender CBS News berichtete von 27 Toten, darunter 14 Kinder. Bei dem Täter handele es sich um den Vater eines Schulkindes. Er soll mit zwei Handfeuerwaffen geschossen haben. Berichte über einen zweiten Schützen blieben zunächst unbestätigt. Der Sender CNN berichtete von etwa 20 Toten, von denen zehn Kinder seien. Unter den Opfern seien auch der Direktor und ein Schulpsychologe. CNN berief sich auf offizielle Angaben. Unklar blieb zunächst, ob der mutmaßliche Schütze von der Polizei erschossen wurde oder ob er sich selbst tötete. Den Berichten zufolge wurden zwei Handfeuerwaffen sichergestellt. Ein Sprecher der Polizei von Connecticut bezeichnete den Vorfall als „sehr ernste Schul-Schießerei“. Der erste Notruf ging bei der Polizei um 09 Uhr 41 Ortszeit ein, wie ein Sprecher mitteilte. Zu weiteren Einzelheiten äußerte er sich zunächst nicht. Newtown liegt etwa 100 Kilometer nordöstlich von New York und hat etwa 27 000 Einwohner.



Newtown: Polizistinnen führen Kinder über den Schulparkplatz fort vom Gebäude

Foto AP

## Herbstmeisterin

Von Günther Nonnenmacher

Die Opposition in Berlin mag noch so sehr darüber schimpfen, dass Bundeskanzlerin Merkel die Stabilisierung der Währungsunion mit ihrer Verschleppungstaktik verzögere – die Wähler in Deutschland scheinen die Parole „Gründlichkeit geht vor Geschwindigkeit“ zu schätzen. Jedenfalls geben fast zwei Drittel von ihnen der Bundesregierung eine gute Note, der Regierungschefin bescheinigen sogar acht von zehn Befragten, sie mache ihre Sache gut. Frau Merkel konnte auch ihren Vorsprung auf den SPD-Kanzlerkandidaten Steinbrück vergrößern und geht damit aus dem Vergleich der „Krönungsfeiern“ beider Volksparteien als Siegerin hervor. Ginge es in der Politik zu wie in der Fußball-Bundesliga, müsste man Angela Merkel als Herbstmeisterin bezeichnen; natürlich mit dem Hinweis, dass endgültig erst im September 2013 abgerechnet wird und dass bis dahin noch viel passieren kann. Das Sorgenkind der Koalition bleibt indessen die FDP: In Umfragen verharrt sie unter fünf Prozent, ihr führendes Personal liegt in den Populärhitparaden auf den hinteren Plätzen.

Es hat paradoxe Züge, dass mit europäischen Themen zurzeit kein Blumenstrauß zu gewinnen ist, dass jedoch die Art und Weise, wie die Bundeskanzlerin mit diesen Themen umgeht, wesentlich zu ihrer Popularität beiträgt. Vermutlich trifft sie die Grundstimmung der Bevölkerung, die weiß, was gerade Deutschland in politischer Hinsicht an der EU hat, die allerdings auch von Sorgen über die wirtschaftliche Zukunft der Eurozone geplagt wird. Insofern wird die Politik der Bundesregierung, keine Leistung ohne Gegenleistungen zu gewähren und für praktizierte Solidarität immer wieder Vereinbarungen für mehr Solidarität einzufordern, vom Publikum verstanden – auch ohne neues europäisches „Narrativ“, das manche, wie etwa Steinbrück, immer wieder verlangen. Dagegen hat wenig Gewicht, dass technische Einzelheiten, etwa der jetzt verabredeten Bankenaufsicht, den Verständnishorizont der meisten Wähler überschreiten. Sie vertrauen darauf, dass die Steuerfrau Kurs hält.

Dabei spielen womöglich, und das ist ein weiteres Paradoxon, die Märkte eine Rolle: Ihre Ruhe scheint zu signalisieren, dass die Euro-Rettung auf einem guten Weg ist. Künftigen Turbulenzen beugt die Kanzlerin schon einmal mit der salvatorischen Klausel vor, dass dieser Weg lang sein werde.

## Die Herausforderung der Ultras

Von Michael Horeni

In dieser Woche hat die Deutsche Fußball-Liga nach großem Getöse ein von den Innenministern des Bundes und der Länder gefordertes Sicherheitspaket mit der euphemistischen Bezeichnung „Stadionerlebnis“ verabschiedet. Sicherer aber ist der deutsche Fußball dadurch nicht geworden. Zum einen kommen die Veränderungen erst mit der neuen Spielzeit im Sommer 2013 zum Tragen, zum anderen findet sich in den Beschlüssen kaum etwas, was nicht schon jetzt zum Alltag in deutschen Stadien gehörte. Ein paar Verfeinerungen hier, ein paar Präzisierungen da, mehr ist da nicht. Wie auch? Schon jetzt zählen deutsche Fußball-Arenen zu den sichersten der Welt. Gewachsen ist nur die symbolische Sicherheit.

Die Debatte über Gewalt im Fußball wird schon lange beherrscht von Meinungen, Emotionen und Schlagzeilen, nicht von Fakten. Von dem einen gibt es immer mehr, vom anderen wenig. Es existiert nicht einmal eine seriöse, unabhängige Lageanalyse über die Gewalt im deutschen Fußball. Aus den vorhandenen Daten der Polizei lässt sich eine dramatische Steigerung kaum entnehmen, wohl aber eine zunehmende Gewaltbereitschaft. Als Erklärung für die Intensität der Auseinandersetzungen taugt die aktuelle Gefahrenlage dennoch nicht. In den vergangenen Wochen und Monaten weist die Diskussion längst über Sicherheitsfragen hinaus, Machtfragen sind daraus geworden.

Fangruppen tragen ihren Protest in die Städte und Stadien – und ihre Argumente in die Medien. Die Interessen einer von den Ultras geprägten Jugendbewegung aus den Kurven sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die Auseinandersetzung, die sich an der Gewaltfrage entzündete, hat zu konkreten Forderungen nach Teilhabe der organisierten Zuschauer am Fußball geführt. Zahlreiche Fanvertretungen sind entstanden, mitunter sind es diffuse Zusammenschlüsse; aber diese neuen, jungen Akteure haben eine Organisations- und Kampagnenfähigkeit bewiesen, mit der sie die Verbände und Vereine herausfordern und vor sich hertreiben. Aber noch ist nicht ganz klar, ob der organisierte Fußball verstanden hat, dass in diesen Tagen eine neue Interessengruppe das Spielfeld betreten hat, die so schnell nicht mehr verschwinden wird. Aus undefinierten Fans im Stadion ist eine soziale Sammlungsbewegung hervorgegangen, schlagkräftig und flexibel. Es dürfte dauerhaft auch in ihrem Interesse liegen, sich von Gewalttätigen zu distanzieren.

Der Profifußball hat in dieser Woche vor allem alte Antworten auf eine neue Herausforderung gegeben. Die Bundesliga sprach sich ausdrücklich gegen Gewalt, Rassismus und Pyrotechnik aus. War sie jemals dafür? Natürlich nicht. Den Verbänden und der Mehrheit der Vereine war vordring-

lich daran gelegen, dass die Politik wieder Ruhe gibt. Kostenbeteiligung an Polizeieinsätzen und Stehplatzverbote tauchten als die Schreckgespenster auf, die der organisierte Fußball in seinen Reihen zu vertreiben suchte. Innenminister Friedrich (CSU), der die Kostenbeteiligung ohnehin für durchsetzbar hält, hat umgehend Entwarnung gegeben. Neue Ideen jedoch, wie der Dialog mit den Fangruppen organisiert oder gar institutionalisiert werden könnte, gibt es nicht.

Auch wenn die Anhänger ihren Stimmungsboykott der vergangenen Spieltage ins neue Jahr tragen sollten: Es ist Unsinn zu behaupten, das Sicherheitspaket gefährde die Subkultur der Fans. Gewalttätige Auswüchse vor allem außerhalb der Stadien wird das

Die Fußball-Fans wollen jubeln – und mitreden. Die Vereine müssen sich darauf einstellen.

Papier allerdings ebenso wenig verhindern. Auch das Problem der Pyrotechnik in den Arenen bleibt ungelöst. Über die strittigen Sachfragen wurde gar nicht erst verhandelt. Klubs wie Union Berlin oder der FC St. Pauli verweigerten sich auf der Mitgliederversammlung den Beschlüssen. Sie halten das Sicherheitspaket für nutzlose Symbolpolitik. Im Blick haben diese Klubs vor allem ihre eigenen Anhänger, nicht die Solidarität mit der Deutschen Fußball-Liga. Auch bei großen Traditionsvereinen wie dem Hamburger SV oder dem 1. FC Köln ist ein Loyalitätskonflikt sichtbar geworden, den es bisher im Profifußball nicht gegeben hat. Die Vereine sind zwischen die gemeinsamen Interessen in ihrer Profi-Organisation und den Wünschen, wenn nicht Vorgaben ihrer Zuschauer und Mitglieder geraten.

Die Deutsche Fußball-Liga beobachtet mit Sorge, wie gut organisierte Fangruppen immer stärker auch auf Vereinspolitik Einfluss nehmen und schon die Besetzung von Aufsichtsräten bestimmen. Viele Klubs jedoch scheinen noch gar nicht erkannt zu haben, dass sie Gefahr laufen, zum Ziel einer freundlichen Übernahme aus der Fankurve zu werden, wenn sie ihre verkrusteten Strukturen nicht selbst aufbrechen. Die 50-plus-eins-Regelung, die Klubs vor einer vollständigen Übernahme durch Scheichs, Oligarchen oder Finanzinvestoren schützen soll, offenbart nun seine andere Seite. Fans und Mitglieder können und sollen nicht nur jubeln, sie können und wollen auch mitreden. In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob die Vereine Wege finden, um den allzu lange ignorierten Fans tragfähige Angebote zur Mitsprache zu machen. Wenn nicht, drohen dem Fußball noch ganz andere Konflikte.

## Heute

### Die Flutung der Antike

Will die Türkei denn eine Kooperation der Archäologen? Es sieht nicht so aus, sagt Hermann Parzinger, Chef der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. **Feuilleton, Seite 31**

### Entgleist

Der baden-württembergische Verkehrsminister Hermann war nie ein Freund von Stuttgart 21. Das hat sich in Zeiten steigender Kosten für das Projekt nicht geändert. Mehr zahlen will er nämlich nicht. **Politik, Seite 4**

### Stille Nacht im Ruhrgebiet

Eine Tradition geht zu Ende, aus Bochum kommen bald keine Autos mehr. Thyssen-Krupp ist in großen Schwierigkeiten. Aber die Menschen lassen sich nicht unterkriegen. Die Lounge. **Wirtschaft, Seite 15**

### Die Neun-Millionen-Nacht

Zwei unterschiedliche Typen bilden ein perfektes Beachvolleyball-Paar: Dank ihres Olympiasiegs nähern Julius Brink und Jonas Reckermann die Hoffnung auf neue Impulse in ihrem Sport. **Sport, Seite 30**

### Verlorene Ehre

Der Selbstmord der aus Indien stammenden Krankenschwester, die in der Klinik von Herzogin Kate das Opfer eines Telefonscherzes wurde, hat eine Debatte über öffentliche Späße ausgelöst. **Feuilleton, Seite 35**

### Ausgedachte Wirklichkeiten

Das Fernsehen ist der politischen Realität auf die Schliche gekommen. Der Zuschauer kann sehen, hören, geradezu verstehen, was passiert. Mit Journalismus hat es nichts zu tun. **Bilder und Zeiten, Seite Z1**

### Mitteilung des Verlags:

8 Seiten Stellenanzeigen von Seite C 5 an; Bildungsmarkt auf Seite C 12. Druckauflage: 468 288 Exemplare

## Bundesanwaltschaft übernimmt Ermittlungen im Bonner Bombenfall

„Zureichende Anhaltspunkte für Anschlagversuch“ / Bombe wurde gezündet

Mü./reb. FRANKFURT/DÜSSELDORF, 14. Dezember. Die Bundesanwaltschaft hat am Freitag die Ermittlungen wegen des Bombenfundes am Bonner Hauptbahnhof vom 10. Dezember 2012 übernommen. Zugleich hat sie das Bundeskriminalamt beauftragt, unter ihrer Leitung die Ermittlungen zu führen. Es liegen nunmehr aus Sicht der Karlsruher Behörde „zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass es sich bei dem Geschehen um einen versuchten Sprengstoffanschlag einer terroristischen Vereinigung radikalislamistischer Prägung handelt“.

Demnach habe am 10. Dezember gegen 13 Uhr ein Mann eine Sporttasche

mit einer zündfähigen Sprengvorrichtung auf dem Bahnsteig eins des Bonner Hauptbahnhofs abgestellt. Die Bombe bestand nach bisherigen Erkenntnissen aus einem ungefähr 40 Zentimeter langen Metallrohr, das zündfähiges Ammoniumnitrat enthielt und mit vier Druckgaspatronen umwickelt war, sowie einem Wecker und verschiedenen Batterien, die als Zündvorrichtung dienen sollten. Noch sei unklar, warum der Sprengsatz nicht detonierte. Es gebe „belastbare Hinweise“ dafür, so die Bundesanwaltschaft, dass die verdächtige Person über Verbindungen in islamistische Kreise verfüge. Deshalb bestehe der Anfangsverdacht, dass sie als Mitglied einer terroristischen

Vereinigung einen Sprengstoffanschlag verüben wollte.

Wie diese Zeitung aus Sicherheitskreisen erfuhr, wurde die Bombe, die von der Bundesanwaltschaft als „höchst gefährlich“ eingestuft wurde, offenbar gezündet, ohne danach zu detonieren. Offiziell teilte die zuständige Kölner Polizei allerdings mit, es handle sich dabei lediglich um eine von mehreren Ermittlungstheesen, „die zur Verifizierung weiterer Untersuchungen der Spezialisten des Landeskriminalamts bedarf“. Unterdessen berichtete der WDR, der Sprengsatz sei offenbar fehlerhaft konstruiert gewesen sei. (Fortsetzung Seite 2; Kommentar Seite 12.)

## Umgestaltung der Währungsunion verschoben

EU-Gipfel: Van Rompuy soll „Fahrplan“ für weitere Integrationsschritte vorlegen

wmu. BRÜSSEL, 14. Dezember. Die Staats- und Regierungschefs der EU wollen zunächst keine Entscheidungen über eine weitreichende Umgestaltung der Währungsunion treffen. Anders als von den vier Präsidenten der EU-Institutionen vorgesehen, billigten die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Treffen in Brüssel zunächst nur einen Zeitplan für Beschlüsse über eine verstärkte wirtschaftspolitische Koordination im Euroraum. Demnach soll Ratspräsident Herman Van Rompuy in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission bis Juni einen „Fahrplan“ vorlegen, in dem präzisiert wird, auf welchen Feldern weitere Integrationsschritte sinnvoll sind.

Die von Van Rompuy ursprünglich vorgeschlagenen Instrumente, etwa die „Fiskalkapazität“ zur Abfederung makroökonomischer Schocks, finden sich in der Schlusserklärung gar nicht mehr oder nur noch in allgemeiner Form. Allerdings wiederholten die einzelnen Staats- und Regierungschefs ihre je eigene Interpretation der Instrumente. Bundeskanzlerin Merkel sagte, sie könne sich mittelfristig einen „Solidaritätsfonds“ mit etwa „zehn, fünfzehn, zwanzig Milliarden Euro“ Volumen vorstellen. Aus diesem könnten Länder unterstützt werden, die große aktuelle Schwierigkeiten in der Haushaltskonsolidierung hätten. Diese Staaten könnten

aber nur auf Hilfe hoffen, wenn sie zugleich „Verträge für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum“ mit den EU-Institutionen träfen, in denen sie sich zu genau definierten Reformen verpflichteten.

Auf Wunsch Frankreichs wurde in die Schlusserklärung eine neue Interpretation des EU-Stabilitätspakts eingefügt. Demnach sollen im sogenannten präventiven Arm des Pakts – wenn also das Staatsdefizit eines Landes noch nicht den Maastrichter Referenzwert von drei Prozent der Wirtschaftsleistung überschreitet – „Zukunftsinvestitionen“ besonders gefördert werden. (Fortsetzung und weiterer Bericht Seite 2, siehe Wirtschaft, Seite 13.)

## Deutsche Bank im Kirch-Prozess verurteilt

hpe. MÜNCHEN, 14. Dezember. Die Deutsche Bank ist im Prozess mit den Erben von Leo Kirch zu einer Schadenersatzzahlung verurteilt worden. Das Oberlandesgericht München sah es am Freitag als erwiesen an, dass der ehemalige Vorstandssprecher des Instituts, Rolf Breuer, Kirch im Februar 2002 mit seiner umstrittenen Interviewaussage zur Kreditwürdigkeit des Medienkonzerns geschädigt habe. Wie hoch der angerichtete Schaden ist, soll noch in einem Gutachten festgestellt werden, sagte der Vorsitzende Richter Guido Kotschy. Eine Revision ließ er nicht zu. Die Verurteilung im Kirch-Prozess beschädigt die Reputation der Deutschen Bank

in dieser Woche ein zweites Mal, nachdem es am Mittwoch zu Festnahmen im Zuge der Steueraffäre gekommen war. (Siehe Wirtschaft, Seite 13.)

Mitteilung des Verlags: Vom 1. Januar 2013 an erhöht sich der Preis für das Abonnement der Frankfurter Allgemeinen Zeitung auf 46,90 Euro im Monat einschließlich Zustellung. Das Kombinationsangebot der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung kostet von 1. Januar an 53,90 Euro. Diese Preise gelten auch für Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Österreich (weitere Länder auf Anfrage). Mit diesem Schritt wollen wir die redaktionelle Unabhängigkeit und die Qualität der Berichterstattung auch weiterhin gewährleisten.

## Israels Außenminister kündigt Rücktritt an

JERUSALEM, 14. Dezember (Reuters/dpa). Der israelische Außenminister Avigdor Lieberman hat seinen Rücktritt angekündigt. Grund für seinen Schritt ist die Absicht des Generalstaatsanwalts, ihn wegen Betrugs und Vertrauensbruchs anzuklagen. Obwohl er keine Straftat begangen habe, werde er auf die Ämter des Außenministers und des stellvertretenden Regierungschefs verzichten, teilte der konservative Politiker am Freitag mit. Er hoffe, dass die Vorwürfe schnell aus der Welt geschafft würden. Lieberman war seit dem 31. März 2009 im Amt. Er ist Vorsitzender der Partei „Unser Haus Israel“.



Briefe an die Herausgeber ..... 8  
Bilder und Zeiten ..... Z1  
Kunstmarkt ..... 36  
Beruf und Chance ..... C1  
Deutschland und die Welt ..... 9

Zeitgeschehen ..... 12  
Wirtschaft ..... 13  
Die Lounge ..... 15  
Unternehmen ..... 16  
Menschen und Wirtschaft ..... 18

Wetter ..... 20  
Finanzmarkt ..... 21  
Kurse ..... 25  
Sport ..... 28  
Feuilleton ..... 31

Literatur ..... 32  
Medien ..... 38  
Hörfunk ..... 38  
Fernsehen ..... 39  
Schallplatten und Phono ..... 35